



Herr Prof. Dr. Stefan Niessen, Siemens AG, TREE ENS
 Postfach 32 20, 91050 Erlangen, Deutschland/Germany

European Commission
 Directorate-General for Competition, Unit A3
 State aid Registry
 1049 Bruxelles /Brussel
 Belgique /België

Kopernikus-Projekt ENSURE

Herr Prof. Dr. Stefan Niessen
 Siemens AG
 TREE ENS
 Postfach 32 20
 91050 Erlangen
 Deutschland/Germany

Tel.: +49 (0) 9131 17 36663
 E-Mail: stefan.niessen@siemens.com
www.kopernikus-projekte.de/ensure

Datum: 06.12.2021

Ref: HT.5934

**Konsultation der Änderung der Allgemeinen
 Gruppenfreistellungsverordnung (Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der
 Kommission zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von
 Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108
 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Möglichkeit, unsere Ideen bei der Überarbeitung des Beihilfenrechts einbringen zu können. ENSURE ist ein Projekt aus der Kopernikus-Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). In ihm versammeln sich 21 Partner aus Netzwirtschaft, Industrie, NGO und Wissenschaft und entwickeln die Energienetzstrukturen, die zum Gelingen der Energiewende erforderlich sind. Kennzeichnend ist dabei vor allem, dass nach einer Phase der Grundlagenforschung und einer Pilotierungsphase, ab etwa 2023 in einer finalen dritten Phase eine oder mehrere Demonstrationsanlagen im realen Netz vorgesehen sind.

Bereits jetzt zeigt sich, dass für die zu errichtenden Anlagen in der Gemengelage von innovativer Technologie, großen Investitionsvolumina und regulierter Netzwirtschaft keine angemessene Fördermöglichkeit für die beteiligten Partner (Hersteller und Netzbetreiber) besteht. Die regulatorischen Rahmenbedingungen sorgen derzeit dafür, dass innovative Netzbetreiber – insbesondere durch eine Schlechterstellung im Effizienzvergleich und Konzessionswettbewerb – benachteiligt werden. Selbst wenn diese Nachteile im bestehenden Rahmen abgemildert werden, so verbleibt die Problematik,

dass nur lokal Betroffene die Lasten der Innovationen tragen, während der Erkenntnisfortschritt der Gesamtwirtschaft zu Gute kommt.

Abhilfe könnte grundsätzlich eine direkte staatliche Förderung leisten. Sofern eine solche auch politisch angestrebt wird, steht sie vor der Herausforderung, eine beihilferechtliche Notifizierung und Genehmigung zu erhalten. Dies ist mit einem erheblichen Zeitaufwand und selbst bei Genehmigung mit einer Begrenzung auf 50 % der Kosten verbunden.

Dabei steht bei allen relevanten Stakeholdern außer Frage, dass eine solche Förderung einen bedeutenden Beitrag zur Beschleunigung der Energiewende beitragen könnte. Da sich die geförderten Demonstrationsanlagen im regulierten Geschäft befinden, ist eine Verfälschung des Wettbewerbs nicht zu befürchten. Ganz im Gegenteil würde eine direkte Forschungs- bzw. Infrastrukturförderung ein Level-playing-field zwischen innovativen und nicht innovativen Netzbetreibern herstellen.

Nach unserer Auffassung werden die Demonstrationsanlagen unter den künftigen Art. 48 AGVO fallen, wodurch eine entsprechende Förderung als mit dem Binnenmarkt vereinbar anzusehen ist. Die Anpassungen des Art. 48 AGVO sind aus unserer Sicht im Sinne der Energiewende und der Forschungsförderung zu befürworten. Die Herausforderungen der Energiewende sind in Zeiten dominierender dargebotsabhängiger Erzeugung flächendeckend zu bewältigen, so dass der Absatz 2 alter Fassung nicht mehr zeitgemäß ist. Ebenso richtig ist die Anpassung der Schwelle in Art. 4 Abs. 1 lit. x AGVO. Hierzu wäre allenfalls anzumerken, dass – gerade vor dem Hintergrund der Kapitalintensität von Energieinfrastrukturen – auch Projekte mit einem Volumen oberhalb von 70 Mio. € bei Weitem noch nicht dazu geeignet wären, wettbewerbsverzerrend zu wirken.

Wir begrüßen somit ausdrücklich die vorgeschlagenen Änderungen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Stefan Nießen